
Niederschrift

**der 2. Verbandsversammlung des Zweckverbandes
Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL)
am 28. Mai 2008 in Münster**

Teilnehmer: siehe Teilnehmerlisten (**Anlage 1**)

Tagesordnung: siehe Tagesordnung (**Anlage 2**)

Herr Beckehoff eröffnet die Versammlung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Tagesordnung fest.

TOP 1: Protokoll vom 14.01.2008

Herr Beckehoff stellt fest, dass das Protokoll der 1. NWL-Verbandsversammlung vom 14.01.2008 laut § 9 Abs. 4 der Satzung genehmigt ist, da innerhalb von drei Wochen nach Zugang keine Einwände erhoben wurden.

TOP 2: Geschäftsordnung für den Zweckverband NWL

Herr Stork erklärt, dass es sich bei dieser Geschäftsordnung um eine grundsätzliche Angelegenheit des NWL handelt, die den noch neuen Strukturen des Zweckverbandes zusätzlichen „Feinschliff“ verleihe. Daher seien auch intensive Abstimmungen zu Einzelfragen erforderlich gewesen. Die Bestimmungen der Geschäftsordnung werden im Einzelnen aufgerufen.

Zu den §§ 1 – 6 gibt es keine Anmerkungen.

Zu § 7.7 Satz 2 beantragt Herr van Norden, dass ein Fraktionsstatus bereits bei 2 Mitgliedern bestehe. Herr Vorländer erläutert, dass man sich bei der Formulierung dieser Regelung an der Gemeindeordnung orientiert habe, die bei großen Städten von mindestens 3 Mitgliedern für den Fraktionsstatus ausgeht.

Der Antrag des Herrn van Norden wird mit einer Gegenstimme abgelehnt.

Zu § 8 erläutert Herr Stork, dass grundsätzlich davon ausgegangen werde, dass entweder ein pauschales Sitzungsgeld oder Verdienstausschlag gezahlt werde. Die Regelung zum Verdienstausschlag solle ergänzt werden um eine Untergrenze von 10,50 €/Stunde ohne Nachweispflicht. Die Formulierung zur Arbeitszeit solle um den Begriff „regelmäßig“ ergänzt werden.

Die Fraktionsvorsitzenden erhalten ein erhöhtes Sitzungsgeld, dies sei gerechtfertigt, da mit der Fraktionsarbeit für den NWL ein erheblicher Aufwand verbunden ist. Dies habe sich zuletzt bei den sehr positiv verlaufenen Gesprächen mit den Regionalräten gezeigt. Der Vorschlag dazu sei das 2 ½-fache des Sitzungsgeldes.

Herr Vorländer erklärt, dass sich die SPD-Fraktion auf den 2-fachen Satz festgelegt habe und diesen für ausreichend halte.

Herr Dr. Bentler stellt fest, dass aufgrund des Arbeitsaufwandes der CDU-Antrag den 3-fachen Satz vorsehe, der 2 ½-fache stelle bereits einen Kompromiss dar, der nunmehr hinfällig sei. Die gesamte Entschädigungsregelung sei zu befristen, um den Umfang der Belastung auch nach der Startphase beurteilen zu können. Die Geschäftsordnung solle daher spätestens nach der Neukonstituierung der Verbandsversammlung überprüft werden.

Die Verbandsversammlung nimmt bei 14 Gegenstimmen den Antrag der CDU-Fraktion zum Sitzungsgeld der Fraktionsvorsitzenden an.

Herr Stork berichtet, dass § 8 Abs. 3 der Geschäftsordnung ergänzt werden soll um die Formulierung „auf Einladung bzw. mit Zustimmung des Verbandsvorstehers“.

Herr Vorländer spricht sich dafür aus, diese Regelung ganz zu streichen, da weitere Termine für den NWL grundsätzlich freiwillig wahrzunehmen seien.

Die Verbandsversammlung nimmt bei 14 Gegenstimmen die Ergänzung des § 8 Abs. 3 an.

Herr Stork erläutert, dass in den Vorgesprächen der Vorschlag gemacht wurde, dass die Vorsitzenden von Fraktionen mit weniger als 10 Mitgliedern einen halbierten Satz, also der 1,5-fache Satz des Sitzungsgeldes erhalten sollen.

Die Verbandsversammlung stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Herr Stork weist darauf hin, dass § 8 Abs. 4 ergänzt werden soll um die Formulierung „...die stimmberechtigt sind.“

Die Verbandsversammlung stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Herr Vorländer wünscht, dass verdeutlicht wird, dass es sich bei den Fraktionssitzungen im Zusammenhang mit Verbandsversammlungen um eigenständige Sitzungen handelt. Dies wird bestätigt.

Herr Stork erklärt, dass § 8 Abs. 5 geändert werden soll, demnach erhält der Vorsitzende der Verbandsversammlung den 4-fachen Satz. Dessen Vertreter erhält im Vertretungsfalle den gleichen Satz, ansonsten gilt für ihn die allgemeine Entschädigungsregelung. Beim Verbandsvorsteher bleibe es bei 250 € monatlich, bei dessen 1. Stellvertreter bei 125 € monatlich.

Herr Vorländer merkt an, dass in der nächsten Verbandsversammlung klarzustellen sei, ob gemäß § 1 Abs. 4 der am 14.01.2008 beschlossenen Geschäftsordnung für den Verbandsvorsteher die stellvertretenden Verbandsvorsteher Mitglied der Verbandsversammlung sein können.

Außerdem sollte verdeutlicht werden, dass die Entschädigungsregelung auch für die gebildeten Ausschüsse des NWL, z. B. den Vergabeausschuss und den Ältestenrat, gelte.

Herr Stork betont, dass eine Koppelung dieser Entschädigungsregelung mit der entsprechenden Regelung beim LWL vorgesehen sei. So sollen Erhöhungen der entsprechenden Sätze beim LWL auch zu Veränderungen beim NWL führen.

Die Verbandsversammlung stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Herr van Norden beantragt, die Zuwendungen nach § 8 Abs. 6 auch für Parteien ohne Fraktionsstatus zu gewähren.

Herr Stork sagt zu, diese Frage zu prüfen und in der nächsten Verbandsversammlung aufzugreifen.

Herr Vorländer verweist darauf, dass die Gemeindeordnung in NRW entsprechende Regelungen ermögliche.

Herr Beckehoff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Die Verbandsversammlung beschließt die Geschäftsordnung für den Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe einschließlich der im Verlaufe dieser Verbandsversammlung festgelegten und beschlossenen Änderungen und Ergänzungen.
2. Die Geschäftsordnung ist zu Beginn der nächsten Wahlperiode insbesondere hinsichtlich des § 8 zu überprüfen.

3. Der Antrag des Herrn van Norden bezüglich des § 8 Abs. 6 wird geprüft und in der nächsten Verbandsversammlung erneut beraten.

Abstimmungsergebnis: Beschlossen bei zwei Enthaltungen.

TOP 3: Geschäftsordnung für den Ältestenrat

Herr Stork erklärt, dass im vorliegenden Entwurf der Geschäftsordnung noch kleinere redaktionelle Änderungen vorzunehmen seien. So sei in § 1 der Begriff „grundsätzlich“ einmal zu streichen und in § 2 Abs. 2, 2. Spiegelstrich die Worte „bei Bedarf“ zu entfernen.

Herr Dr. van Norden beantragt, dass auch Parteien ohne Fraktionsstatus Mitglieder in den Ältestenrat entsenden können.

Dieser Antrag wird mit 43 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Die Verbandsversammlung beschließt die vorliegende Geschäftsordnung für den Ältestenrat des NWL.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen bei einer Gegenstimme.

TOP 4: Ergänzung der Geschäftsordnung für den Vergabeausschuss

Herr Stork weist auf die Ergänzung des § 4 dieser Geschäftsordnung hin, demnach sind die Mitglieder der Verbandsversammlung über die Einladungen zum Vergabeausschuss zu benachrichtigen.

Herr Dr. van Norden beantragt, dass auch Parteien ohne Fraktionsstatus Mitglieder in den Vergabeausschuss entsenden können.

Herr Vorländer schlägt vor, diesen Antrag bis zur nächsten Verbandsversammlung zu beraten.

Herr Dr. van Norden zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Beschluss:

Die Verbandsversammlung beschließt die vorliegende Ergänzung der Geschäftsordnung für den Vergabeausschuss des NWL.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen bei einer Enthaltung.

TOP 5: Sachstand Versicherungsschutz NWL

Beschluss:

Die Verbandsversammlung nimmt den Sachstand zum Versicherungsschutz zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 6: Empfehlungen des NWL im Rahmen der Aufstellung des ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplans NRW

Herr Stork berichtet über die erfolgreiche Abstimmung mit den drei Regionalräten in Westfalen-Lippe. Bei der Umsetzung der Maßnahmen sei eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Land, DB Station&Service sowie den Zweckverbänden erforderlich, dies werde im Punkt 9 des Beschlussvorschlages formuliert.

Herr Geuckler erklärt, dass das gesamte Verfahren unter hohem Zeitdruck gestanden habe, damit der nun vorliegende Entwurf rechtzeitig eingebracht werden konnte. Insgesamt würden in NRW mit diesem Förderpro-

gramm 2,5 Mrd. Euro bewegt, davon allein 1,8 Mrd. Euro für Großprojekte im VRR. Neben den Bahnhofsvorhaben werden 3 Streckenmaßnahmen und der Ausbau der Stadtbahn Bielefeld gemeldet. Seitens des ZVM werde vorgeschlagen, den Beschluss zu ergänzen um die Forderung nach einer Neubewertung der Kosten für den Ausbau der Strecke Münster-Rheda-Wiedenbrück sowie einer Aufnahme dieser Maßnahme in die nächste Fortschreibung dieses Finanzierungsplans.

Herr Vorländer lobt Verbandsvorsteher und Geschäftsstelle für die schnelle Umsetzung dieses Verfahrens.

Herr Dr. Schiebold spricht sich dafür aus, die Entscheidung über die dem Land zu meldenden Maßnahmen allein auf der NWL-Ebene zu treffen anstatt von den Bezirksregierungen. Dies sollte in den Fraktionen beraten werden, mit dem Ziel, eine entsprechende Änderung des Planungsrechtes zu erreichen.

Herr Dr. van Norden fragt nach den Chancen für die Förderung des Stadtbahnausbaus in Bielefeld im Rahmen einer Sonderförderung.

Herr Stork erwidert, dass der Weg der beantragten Sonderförderung der einzig machbare sei. Da jedoch derzeit kein weiteres Stadtbahnprojekt entsprechend gefördert werde, sei er skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten. Für 2011 werde es eine Überprüfung der Mittelzuweisungen der Räume nach § 12 ÖPNVG NRW geben.

Beschluss:

Die Verbandsversammlung beschließt die dem MBV mit Schreiben des Verbandsvorstehers vom 27.03.2008 gemeldeten Maßnahmen.

Zum Vorschlag des MBV für einen ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplan beschließt die Verbandsversammlung wie folgt:

1. Die Strecken Münster – Coesfeld, Münster – Gronau und Siegen – Dillenburg sollen in den Teil A (IGVP Stufe 1) aufgenommen werden.
2. Die Bahnhöfe Brilon Stadt, Freienohl und Warburg sollen in den Teil A aufgenommen werden.
3. Das Kriterium von 1000 Ein/Aussteigern darf nicht zum Ausschluss der Vorhaben im Teil A der Maßnahmen im besonderen Landesinteresse führen.
4. Für den Bahnhof Paderborn Hbf wird eine Sonderförderung gefordert.
5. Die Stadtbahnverlängerung nach Milse-Ost soll in den Teil A aufgenommen werden (IGVP Stufe 1). Es wird darüber hinaus ein Sonderprogramm für die Finanzierung von Stadtbahnen gefordert.
6. Wenn die Planungen die Gesamtkosten unter 3 Mio. Euro bestätigen, darf dies nicht dazu führen, dass solche Maßnahmen nicht nach § 13 finanziert werden.
7. Sollten einzelne Maßnahmen aus dem Teil A der Liste des MBV vom 30.04.2008 im NWL nicht realisiert werden können, müssen Maßnahmen aus Teil B durch den NWL als Nachrückvorhaben gemeldet werden können.
8. Sollten bei den Vorhaben „kraft Gesetzes“, den Vorhaben „aus übergeordneten Gesichtspunkten“ und der Wuppertaler Schwebebahn die Mittel nicht so abfließen wie angenommen müssen die Mittel allen drei Räumen (NWL, NVR, VRR) gleichermaßen zu Gute kommen.
9. Bei Abschluss des Vertrages zwischen dem Land NRW und der DB AG sind die Kooperationsräume (u. a. der NWL) zu beteiligen.

10. Für den Ausbau der Strecke Münster – Warendorf – Rheda-Wiedenbrück werden die Neubewertung der Berechnungen im Rahmen des IGVP und die Aufnahme in die ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplanung bei der nächsten Fortschreibung gefordert.

Ergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 7: Sachstand Investitionsförderung gemäß § 12 ÖPNVG

Herr Frye erläutert, dass nach § 12 des neuen ÖPNVG NRW der NWL von den 150 Mio. Euro Investitionsförderungsmittel für NRW einen Anteil von 11,2 % erhält, das entspricht rund 16,8 Mio. Euro. Das Aufstellen von jährlichen Förderkatalogen für die Jahre 2008/2009 sei jedoch nicht erforderlich, da für diesen Zeitraum keine neuen Fördermittel seitens des Landes bewilligt werden. Grund dafür sei, dass zunächst die bereits begonnenen bzw. bewilligten Alt-Maßnahmen abzuarbeiten sind. Erst im Jahre 2010 stehen freie Mittel für neue Maßnahmen zur Verfügung. Die Anlage 2 zu dieser Vorlage zeige eine aktuelle Gesamtübersicht über sämtliche Maßnahmen. Für die in Anlage 3 aufgelisteten Maßnahmen soll der Vorstandsvorsteher ermächtigt werden, diese als Vorsorgemaßnahmen zu genehmigen. Sie stehen im Zusammenhang mit anderen Fördervorhaben. Mit der heutigen Nachmeldung der Maßnahme der Stadt Petershagen gebe es hier eine Anmeldung von insgesamt 5 Vorsorgemaßnahmen.

Ein Problem bestehe hinsichtlich der Förderung von ÖPNV-Haltestellen, die bis 2004 von den Bezirksregierungen vorgenommen und anschließend dem kommunalen Straßenbau zugewiesen wurde. Seit 2007 ist diese Förderung eingestellt. Diese Förderung sollte daher in den Förderkatalog des NWL aufgenommen werden.

Beschluss:

1. Der NWL erhält in 2008 keine Zuwendungen nach § 12 ÖPNVG. Deshalb wird auch für 2008 kein Katalog der zu fördernden Maßnahmen nach §12 (5) ÖPNVG aufgestellt.
2. Der Verbandsvorsteher wird ermächtigt, die fünf dargestellten angemeldeten Maßnahmen als Vorsorgemaßnahmen zu genehmigen. Sobald für den NWL Mittel nach § 12 ÖPNVG verfügbar sind, werden diese Maßnahmen prioritär in das Förderprogramm nach §12 (5) ÖPNVG aufgenommen.
3. Die in der Versammlung am 14.01.2008 beschlossenen Förderrichtlinien werden um den Fördertatbestand „Haltestellen“ erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 8: Sachstand Einrichtung Kompetenzzentrum ITF**Beschluss:**

Die Versammlung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 9: Kommunikationsstrategie NWL**Beschluss:**

Die Versammlung stimmt der in der Anlage dargestellten Entwicklung einer Kommunikationsstrategie für den NWL zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 10: Stellenplan, Eröffnungsbilanz, Haushaltswirtschaft, Rechnungsprüfung

Herr Bastisch berichtet, dass der in der Verbandsversammlung am 14.01.2008 nur in Teilen beschlossene NWL-Stellenplan nunmehr um 2 Teile ergänzt endgültig beschlossen werden kann. Für die Infrastrukturförderung sei eine 8. Stelle mit einem Beratungsschwerpunkt im kommunalen Bereich hinzugekommen. Die Stellen für das Kompetenzcenter ITF NRW seien inzwischen konkretisiert worden.

Vorgelegt werde die Eröffnungsbilanz des NWL, dies sei ein rein formaler Akt, da in dieser Bilanz noch keine Werte enthalten sind.

In der Haushaltswirtschaft des NWL sei darauf hinzuweisen, dass die Mittel für die Anschubfinanzierung für die Infrastrukturförderung inzwischen vom Land über den ZRL geflossen sind.

Die Rechnungsprüfung des NWL werde von der Stadt Bielefeld übernommen.

Beschluss:

1. Der um die Bereiche Investitionsförderung und KC ITF in der Anlage 1 ergänzte Stellenplan wird beschlossen.
2. Die Verbandsversammlung beschließt die als Anlage 2 beigefügte Eröffnungsbilanz zum Bilanzstichtag 01.01.2008.
3. Die aktuellen Informationen zur Haushaltswirtschaft werden zur Kenntnis genommen.
4. Die Verbandsversammlung beschließt die Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Bielefeld für die Prüfung des Haushaltsjahres 2008.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 11: Mitteilungen und AnfragenLandesnetz NRW:

Herr Bastisch berichtet, dass hinsichtlich des Landesnetzes derzeit noch Diskussionen geführt werden. Dabei geht es im Wesentlichen um die Frage, inwieweit die Regularien des Landesnetzes in die Bestellerrechte der Zweckverbände und damit in die Finanzverantwortung der Kooperationsräume eingreifen. Man erwarte, dass das MBV von einigen Vorstellungen in diese Richtung wieder Abstand nimmt. In der Septembersitzung werde es weitere Berichterstattung dazu geben.

Netzzustandsbericht:

Herr Bastisch berichtet, dass der NWL sich um eine Landesförderung für den Netzzustandsbericht NRW bemühe. Über 50 % der Finanzmittel würden insgesamt für die Infrastrukturnutzung aufgebracht. Damit würde ein strategisch bedeutsames Thema vom NWL besetzt. Das MBV habe bereits Zustimmung signalisiert, da die Infrastruktur ein zentrales Thema der künftigen Arbeit wird. Für die September-Sitzung wird hierzu eine entsprechende Vorlage angekündigt.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen liegen nicht vor.

Herr Beckehoff schließt den öffentlichen Teil der Verbandsversammlung.